

Enztal-Blote

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

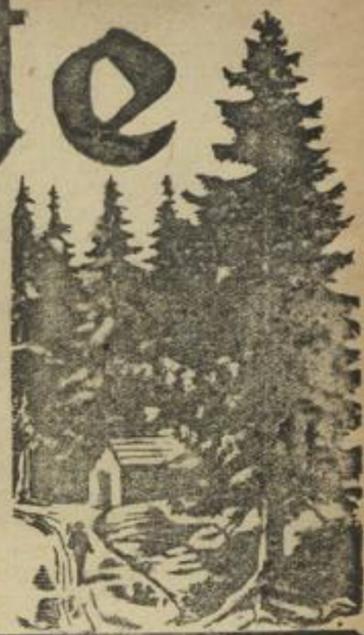
Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis RM. 3.50 vierteljährlich, RM. 1.10 monatlich,
durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr RM. 3.50,
im sonst. inländischen Verkehr RM. 3.50 u. 50 Pf. Postbestellg.

Anzeigenpreis: die einseitige Zeile über deren
Raum 15 Pfg., außerdem 20 Pfg., Reklamazeilen
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 100. Fernsprecher Nr. 22.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftl.: T. H. G. a. d., beide in Wildbad.



Nr. 238

Dienstag, den 21. Oktober 1919

Jahrgang 53

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 17. Okt.

Auf die Anfrage des Abg. Dr. Munk (D.nat. Vp.) welche Gelder bisher durch den Verbedienst der deutschen Republik verausgabt worden sind, antwortete ein Vertreter der Regierung, daß die Zentrale für Heimatdienst Aufklärung und Verständnis zu fördern suche über die Gründe der Regierungshandlungen. Diese Zentrale diene keiner einzelnen Partei. Zum Einschreiten gegen irgend welche Beamten liege keine Veranlassung vor.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushaltes beim Reichsministerium des Innern.

Abg. Frau Zieg (U.S.V.): Die Rede des Ministers Koch war eine scharfe Kampfanzeige gegen uns. Der Kinoveit kann man nur mit der Kommunalisierung bekommen. Es soll eine Vereinfachung bestehen, unabhängig im Staatsdienst nicht zu verwenden. Die Militärpolizei widerspricht dem Friedensvertrag.

Abg. Munk (D.nat. Vp.): kommt auf die Anfrage der Abg. Frau Pflüß zurück wegen der Willenserklärung der Erzieher beim Teilnahme am Religionsunterricht, der ordentlicher Gegenstand des Unterrichts gewesen sei. Nach dem klaren Wortlaut der Verfassung kann eine ausschließliche Erklärung der Erzieher nur dann verlangt werden, wenn die Teilnahme am Religionsunterricht nicht gewünscht wird.

Minister Koch: Wir alle wünschen, daß der klare Wille der Eltern festgelegt wird. Der Weg dieser Festlegung soll gefunden werden im Einvernehmen mit den Landesregierungen. Die Pflege der Kriegerglieder soll würdig, wenn auch nur einfach durchgeführt werden. Arbeiter, die sich an die Stelle der Regierung setzen wollen, müssen verschwinden.

Minister Roske: In den Berliner Krankenhäusern kann heute nicht operiert werden, weil die Genossen der Frau Zieg die Kraftwerke lahmlegen. Wer weiter den Versuch macht, lebenswichtige Betriebe zu stören, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

Frau Zieg (U.S.V.): An dem Metallarbeiterstreik sind die Polizeimaßnahmen schuld. Der Ausbau der Streikbrecherorganisation wird von Roske betrieben.

Minister Roske: Gewalttaten sind von der Regierung lediglich abgewehrt worden. Daran wird die Regierung unter allen Umständen festhalten. Jeder Versuch, eines Tages einen Umsturz in ihrem Sinne (zu den Unabhängigen) herbeizuführen, wird entschlossene Gegenwehr finden. Der Henke wird das Loch schon finden, wo er seine Haut in Sicherheit bringen kann. Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird von uns nicht angelehnt; an er in Berlin handelt es sich darum, daß versucht wird, Hunderttausende von Arbeitern in den Streik zu treiben, die weder Streik noch Arbeitslosenunterstützung zu erwarten haben. Ich habe dem Berliner Magistrat befohlen, Sorge dafür zu tragen, daß die Betriebe in Gang gehalten werden. (Abg. Geher-Sachsen (U.S.) ruft: Roske nimmt die Hilfe der Entente gegen deutsche Arbeiter in Anspruch.) Nachdem Herr Geher vom Leipziger Bürgermeister 100 000 Mk. erprecht hatte, verschwand er, sobald die Truppen ankamen. (Lärm bei den U.)

Der Antrag der Frau Agnes (U.S.) auf Sozialisierung des Heilwesens wird abgelehnt, der Rest des Haushaltes angenommen.

Der 14. Ausschuss hat bezüglich der Verstaatlichung der Elektrizitätswerke beschlossen: Bis spätestens 1. Oktober 1921 ist das Reichsgebiet nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zur Verwertung und Vermittlung der elektrischen Kraft in Bezirke einzuteilen, für die unter Führung des Reichs Konzerns, oder Gesellschaften gebildet werden, in denen alle Anlagen zusammenzufassen sind. Das Reich erhält die Befugnis, Leitungen mit einer Spannung von 50 000 Volt und mehr, sowie private Werke von 5000 Kilowatt an zu übernehmen. Die Entschädigung berechnet sich nach den Anschaffungskosten unter Abzug der eingetretenen Wertverminderung. Zugleich wurden Satzbestimmungen für Angestellte und Arbeiter beschlossen.

Berlin, 18. Okt.

Bei der Beratung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums wurden von Vertretern verschiedener Parteien von rechts und links Wünsche vorgebracht, die dahin

abzielten, daß die Fortführung der sozialen Gesetzgebung eine Verzögerung der Klassen herbeiführen möge; die Renten der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen wurden als aufbesserungsbedürftig bezeichnet. Die Arbeitslosigkeit wurde vom Minister Schlichte auf die Nachwirkungen des Kriegs zurückgeführt. Im übrigen zählt er eine Reihe von Gesetzesvorlagen auf, die dem Ausbau der sozialen Einrichtungen dienen sollten. Die Verhandlungen bewegten sich, da die Redner der Parteien, wie gesagt, in der Hauptrichtung der Ziele einmütig waren und verlegende Worte auf allen Seiten vermieden wurden, in ruhigen Bahnen. Als aber nach den Ausführungen des Arbeitsministers der frühere „Polizeipräsident“ von Berlin aus den Tagen des Berliner Kommunistenaufstands, Abg. Eichhorn, das Wort ergriff, da verließ alles, auch die Regierungsmitglieder, den Saal. Eichhorn befindet sich wegen schwerer Beschuldigungen im Anklagezustand und erst kurz vor der Ueberlieferung der Nationalversammlung nach Berlin hat er sich wieder, gemäß auf die Freiheit des Abgeordneten, in der Dessenlichkeit gezeigt. Lange hatte er sich in Braunschweig verborgen gehalten. Der in der Parlamentsgeschichte wohl einzig dastehende Fall der Anwesenheitsverweigerung des ganzen Hauses wegen eines einzigen Abgeordneten erregt begreiflicherweise nicht geringes Aufsehen. Regierung und Nationalversammlung wolten mit Eichhorn nichts zu tun haben und erkennen ihn als Abgeordneten nicht mehr an. Seinem Mandat ein Ende zu machen, steht aber nicht in ihrer Macht. Wenn aber Eichhorn auch weiterhin im Hause reden wollte, würde die Massenwanderung wiederholt werden? Eichhorn redete vor wenigen Fraktionsgenossen der Unabhängigen, die außer dem Präsidenten und einem Schriftführer zurückgeblieben waren. Ueber seine Rede berichtet WTB. nichts.

Zweite Beratung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Müller-Potsdam (S.): Das Gesetz über die Betriebsräte hätte längst fertig sein müssen. Die keine Invalidenrente lohnte kaum die Mühe der Feststellung. Die maßgebende Mitwirkung der Versicherten muß beim Versicherungsweisen eingeführt und ein einheitlicher Versicherungsträger für die verschiedenen Zweige der Versicherung geschaffen werden. Die Angestellten müssen in die Arbeiterversicherung einbezogen werden. Die Wohlfahrtspflege und die soziale Fürsorge sollten im Arbeitsministerium vereint werden.

Abg. Tremmel (S.): Die Schaffung eines ausgedehnten Arbeiterrechts muß beschleunigt werden. Die Schaffung eines Beamten- und Angestelltenrechts sowie die Klärung des Schlichtungs- und Einigungsweises sind dringliche Aufgaben. Politische Streiks sind zu verhindern. Das Betriebsrätegesetz bedarf einer gründlichen Durchberatung unter Wahrung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter.

Frau v. Gierke (D.nat. Vp.): Die Sozialpolitik müßte in händigen Zusammenhang stehen mit der Wirtschaftspolitik. Der eigentliche Zweck des Ministeriums ist aber, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu regeln. Schlimm ist, daß die Arbeit jetzt nicht mehr als Lebensnotwendigkeit betrachtet wird. Hier hat der praktische Sozialismus vollständig versagt. Nur in einem freien Staat kann Sozialpolitik getrieben werden. Das Arbeitsrecht soll den beruflichen Vertretungen Rechnung tragen. Auch der Beruf der Hausfrau muß anerkannt werden. Die Koalitionsfreiheit begrüßen wir. Bei den Betriebsräten darf das Mitbestimmungsrecht nicht zum Mißbrauch werden. Die Renten müssen erhöht werden. Unser Grundgesetz ist Klassenversöhnung, Einstellung der Arbeit in die Wirtschaft und der Arbeiter in die Gesellschaft.

Minister Schlichte: Wenn die Lust zur Arbeit noch nicht da ist, so ist das sogenannte Stahlbad des Kriegs daran schuld. Die Interessentengruppen sollten im weitesten Maße herangezogen werden, auch beim Arbeitsrecht. Das wichtigste ist die Schaffung einer Reichszentrale für Arbeitsvermittlung. Die Erwerbslosenunterstützung hat sich anders gestaltet, als wir gedacht haben. Der Abbau kann nur so geschehen, daß eine strenge Kontrolle durchgeführt wird. Vor allem müssen Landesregierungen und Kommunen für Arbeitsmöglichkeit sorgen. Das wichtigste, um unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist der Arbeiterdienst. Die Revision der Reichsversicherungs-

Ordnung ist in Aussicht genommen, Es gleichen die der Krankerversicherung. Hier soll vor allem die Versicherung der Haupterwerbtreibenden wieder eingeführt werden. Eine Reform des Schlichtungsweises ist im ersten Entwurf fertiggestellt. Statt der Ernennung der Beisitzer ist die Wahl vorgesehen. Ferner ist die Bildung von Berufskammern und einer Revisionsinstanz vorgesehen. Die Wahrung des Koalitionsrechts wird zu den Aufgaben der Betriebsräte gehören.

Als der nächste Redner Abg. Eichhorn (U.S.V.) das Wort ergreifen will, verlassen sofort sämtliche Abgeordnete den Saal mit Ausnahme seiner Parteigenossen. Desgleichen hatte die gesamte Regierung den Saal verlassen. Es blieben nur der Präsident mit einem Schriftführer anwesend, zunächst 9 später 6 Unabhängige und der Abgeordnete Vöbe (S.), der als Vizepräsident den Präsidenten Fehrenbach ablösen will, später aber auch den Saal verläßt.

Neues vom Tage.

Deutsch-nationaler Studentenbund.

Berlin, 20. Okt. Auf einem deutsch-nationalen Studententag, auf dem 14 Studentengruppen mit rund 3000 Mitgliedern vertreten waren, wurde die Gründung eines deutsch-nationalen Studentenbunds unter enger Anlehnung an die Deutsch-nationale Volkspartei beschlossen.

Ernennung.

Berlin, 20. Okt. Die preussische Regierung hat den Gewerkschaftssekretär Friedrich Voigt in Breslau zum Polizeipräsidenten von Breslau ernannt.

Papiergeldfälschungen.

Berlin, 20. Okt. Abg. Dr. Mittelmann (D. Vp.) hat in der Nationalversammlung folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Verbreitung falscher Fünfundmarkscheine hat in letzter Zeit wieder einen erschreckenden Umfang angenommen. Die Fälschungen sollen planmäßig von bolschewistischer Seite betrieben werden, um eine Verrüttung unseres Geldwesens herbeizuführen. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung hiergegen zu ergreifen?

Streikbewegung.

Frankfurt a. M., 20. Okt. Welchen Charakter der Eisenbahnerstreik in Frankfurt trägt, geht daraus hervor, daß die Streikenden verabredet hatten, den Präsidenten Dr. Stapp bei den Verhandlungen in eine rote Fahne zuwickeln und durchs Fenster auf die Straße zu werfen. Nur der eigenen Kaltblütigkeit hat der Präsident es zu danken, daß das Verbrechen unterblieb. Die Abmachungen mit den Streikenden werden, da sie durch unerhörte Gewalttätigkeit erprecht wurden, von der Regierung nicht anerkannt. Die Hälfte der Streikenden besteht nicht aus Eisenbahnern. Der Führer Hertel war früher Vorsitzender des Frankfurter Zentralrats der Eisenbahner gewesen; er hatte damals gesagt: „Wer die Eisenbahn besitzt, hat die Hand an der Gurgel des Staats.“

Braunschweig, 20. Okt. In der Nacht zum Sonntag wurde auf das Kreisgefängnis ein gefährlicher Angriff gemacht. 20 Handgranaten wurden gegen die Wachmannschaften geschleudert.

Die Kohlenarbeiter des Bezirks Helmstedt-Schöningen beschloßen wegen der schwierigen Kohlenversorgung die Einführung von Sonntagsfahrten.

Sperrung des Kraftwagenverkehrs.

Karlsruhe, 20. Okt. Die Einstellung des Kraftwagenverkehrs an Sonn- und Feiertagen wird in Baden vom 26. Oktober ds. Js. ab ebenfalls erfolgen. Dadurch soll erreicht werden, daß nicht einzelne Personen in der Lage sind, an diesem Tage ihre Ausflüge mit Kraftwagen zu unternehmen. Nur soweit Kraftwagen ausschließlich im öffentlichen Interesse verkehren oder soweit es sich um Fahrten handelt, die bei Brand- und Unglücksfällen zur Herbeiführung ärztlicher Hilfe notwendig sind, dürfen solche unternommen werden. Alle übrigen Kraftwagen müssen Beschränkungen aufweisen.

Die Türken schenken sich nach den Dutsch n.

Mailand, 20. Okt. Dem „Corriere della Sera“ wird aus Konstantinopel berichtet: Man soll doch endlich einmal aufhören, zu glauben, daß die Türken die „Besetzung der Türkei von der deutschen Wankherrschaft“ durch die Verbände mit Freuden aufgenommen haben. Gewiß habe das Volk im Oktober vorigen Jahres auf-

geantet, aber nicht weil die Verbündeten kamen, sondern weil der Krieg aufhörte. Im Gegenteil, das rücksichtslose Auftreten der Deere und die Mankelpolitik der Verbündeten haben die Türken im höchsten Grad erbittert, namentlich haben die Franzosen durch ihr gewaltiges Auftreten in Smyrna an Uneignung verloren. Die Ueberweisung der größten und wichtigsten Teile des türkischen Reichs und die „Ruffsch“ Englands habe die englandfreundliche Partei des Einflusses beraubt und die nationalistische Partei (die Jungtürken unter Enver und Kemal) außerordentlich gehärtet. Bei einer Gesellschaft im Hause einer Prinzessin, bei der nur Vertreter der Entente anwesend waren, sagte die Kaiserin in russischer Sprache: „Ich werde die Deutschen nach wie vor allen anderen Nationen vorziehen.“ Daß gegen die Deutschen befehle nur bei dem Volksmitschmach an der Westküste Kleinasien (Levante), wo die Bevölkerung während des Krieges nicht genug ihre Deutschfreundlichkeit zur Schau tragen konnte. Die Gelegenheit für Italien, im Handel mit der Türkei nach dem Waffenstillstand an die Spitze zu kommen, sei durch die wucherische Gahgier des Spekulantentums aus Italien für jede Zukunft verperrt. Die Erinnerung an die guten Handelsbeziehungen mit Deutschland sei heute bei der eigentlichen Türkei stärker als je.

Die Lage im Baltikum.
Berlin, 20. Okt. Wegen der englischen Blockade in der Ostsee ist der ganze Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal eingestellt; die Fischerei an der pommerischen Küste ruht vollständig.

Verailles, 20. Okt. Laut „Intransigeant“ ist General Mangin, der bisher die Besatzungstruppen in Mainz befehligte, zum Vorsitzenden der interalliierten Militärkommission für die Räumung des Baltikums ernannt worden.

Der Krieg im Osten.
Helsingfors, 20. Okt. Die englischen Kriegsschiffe haben Kronstadt in Brand geschossen. — Judenitich soll in Petersburg eingezogen sein.

Die weiße Armee sprengte die Eisenbahnbrücke von Tofno an der Linie Petersburg—Moskau.

London, 19. Okt. (Reuter.) Denkin hat die Bolschewisten bei Jaryzyn geschlagen. Die Kosaken überschritten den Don und machten 1200 Gefangene. Weiter westlich nahmen sie Kalasch und Pawlowa und machten 2150 Gefangene.

Konstantinopel, 20. Okt. Die „Agencia Union“ meldet, daß die Armee Denkins sich der Stadt Orel bemächtigt habe.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 20. Okt. Der Oberste Rat billigte das Verlangen Italiens, in den ungarischen Friedensvertrag Bestimmungen aufzunehmen, wonach Ungarn auf die Güter der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie (soll wohl heißen des Kaiserhauses, D. Schr.) zugunsten Italiens verzichtet.

König Alfonso in Paris.

Madrid, 20. Okt. Der König von Spanien ist am Samstagabend nach Paris abgereist, nachdem er mit Romanones, dem früheren Liberalen und ententfreundlichen Ministerpräsidenten, sich besprochen hatte. Der Ministerpräsident berief sämtliche Parteiführer, darunter auch Romanones, zu sich.

Madrid, 20. Okt. Spanien wird die Zahl seiner Konsulate in Deutschland vermehren.

Die Südtiroler in Rom.

Rom, 20. Okt. Eine Abordnung des deutschen Bundes der Südtiroler wurde von Ministerpräsident Nitti empfangen. Die Tiroler legten gegen die Einverleibung Südtirols Verwahrung ein, erklärten sich aber bereit, am Wiederaufbau des Landes mitzuwirken. Sie ließen durchblicken, daß sie die Schaffung einer selbständigen Provinz Tirol wünschten. Nitti sicherte die „größte Achtung“ der nationalen Rechte zu.

England und der Vatikan.

Mailand, 20. Okt. Die Wahl des Irlands zum General der Kammer hat, wie der „Secolo“ mitteilt, den englischen Gesandten veranlaßt, den Papst darauf aufmerksam zu machen, daß die Wahl zu neuen Störungen der englisch-irischen Beziehungen führen dürfte. Tatsächlich sucht der Papst die Bestätigung der Wahl Magenes hinauszuschieben. Er macht aber andererseits seiner Umgebung gegenüber kein Hehl daraus, in eine wie schwierige Lage er kommen dürfte, wenn er in die Prärogative der Orden eingreifen wollte. Bis jetzt ist es unmöglich gewesen, eine beide Teile befriedigende Lösung zu finden.

Bemühungen für das Senken der Preise.

Amsterdam, 20. Okt. Nach dem „Nieuwe Courant“ beabsichtigt Argentinien einen Kongreß aller amerikanischen Staaten nach Buenos-Aires einzuladen, um gemeinsam Maßnahmen zur Senkung der Preise aller hauptsächlichsten Gebrauchsgüter und der Lebensmittel zu treffen. Auch nichtamerikanische Staaten sollen sich beteiligen können.

Das Befinden Gröbers.

Berlin, 20. Okt. Das Befinden des Abg. Gröber ist nach der letzten Nachricht gut und gibt zu keinen Besorgnissen mehr Anlaß. In der Nähe des Reichstagsgebäudes war Gröber plötzlich von einer Ohnmacht befallen worden. Beim Zusammenbrechen schlug er mit dem Kopf auf dem Pflaster auf und erlitt eine erhebende Kopfverletzung. Im Reichstagsgebäude erhobte sich der Abgeordnete unter ärztlicher Pflege bald wieder.

Leipzig, 20. Okt. In Anwesenheit von mehr als 1200 Vertretern aus 900 deutschen Städten wurde am Samstag der 14. Handlungsgesellschaftstag durch den Verbandsvorsitzenden Besch in des deutschnationalen Handlungsgesellschaftsverbandes eröffnet.

Der Metallarbeiterstreik vor dem Schiedsgericht.
Berlin, 18. Okt. Die Arbeitgeber und Arbeiter der Metallindustrie haben sich geeinigt, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, das heute im Reichsarbeitsministerium zusammentritt.

Um die Berliner Metallarbeiter zu unterstützen, haben die Arbeiter des Kraftwerks Juchnowitz bei Bitterfeld (bei Halle), das Berlin teilweise mit Licht und Kraft versorgt, alle Fernleitungen nach Berlin abgebrochen.

Die städtischen Arbeiter haben sich bereit erklärt, die Arbeit noch im Laufe des heutigen Tages wieder aufzunehmen.

Für die Aufhebung des Goldzolls.

Hamburg, 18. Okt. Mehrere am Einfuhrhandel beteiligte Verbände haben an die maßgebenden Berliner Wirtschaftsstellen folgende Depesche geschickt: „Die Korruption des Einfuhrhandels schreitet mit Wissen der Ministerien unaufhaltsam weiter. Seit Monaten wird das deutsche Volk ausgezogen von gewissen Elementen, meist internationaler Herkunft, welche trotz unwirtschaftlich hoher Spezen unter starker Inanspruchnahme von Eisenbahnwagen, lediglich durch Umgehung des Goldzolls, sich eine Existenz schaffen. Kartoffeln und Kohlen können dem Volk nicht ausreichend zugeführt werden, aber den Schiebern steht das kostbare rollende Eisenbahnmateriale zur Verfügung. Daher wird gebietend die sofortige Aufhebung des Goldzolls und die Gleichstellung der Vollzüge verlangt.“ (Frankf. Btg.)

Nach eine Meise.

Hamburg, 18. Okt. Der von hiesigen Kaufmannsreisen angenommene Gedanke einer Hamburger Außenhandelsreise macht Fortschritte. Ein Ausschuss für Vorarbeiten und Propaganda wird vorbereitet.

Tschechische Gewalttat.

München, 18. Okt. An der böhmischen Grenze wurde ein bayerischer Getreidehändler überfallen und tschechischen Grenzwachge schleppt. Der mußte er an seine Frau um 2000 Kronen Lösegeld schreiben. Von diesem Geld behielt der Oberkommandant der tschechischen Grenzwaache 16000 Kronen und ließ den Ueberfallenen mit dem Rest frei. Dem Auswärtigen Amt in Berlin ist laut „Berl. Generalanz.“ bereits Anzeige erstattet.

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 18. Okt. Der „Berl. Lokalanz.“ meldet aus Duisburg: Ein vorgestern auf der linken Rheinseite ausgebrochener Streik der Bergleute hat auch auf die Krupp'schen Werke in Rheinhausen übergegriffen. Der Hauptgrund hierfür liegt in der Empörung über die Uebergriffe der belgischen Besatzung. Die Streifenbesatzung fordern die Befreiung der belgischen Soldaten, die Befreiung der Jesuiten und des Bistums sowie den vierstündigen Arbeitstag für die Bergleute, wie er schon lange auf dem rechten Rheinufer besteht.

Die Lage im Baltikum.

Berlin, 18. Okt. Die in Negernungstreifen angenommenen sind 25000 deutsche Soldaten in der russische Westarmee unter Kwalow-Bermondts eingetretet und sind dem Reich verloren.

Wenn die Abendung der Glukowa Telegramme des Generals v. d. Wolg an die Freiwilligen und an den Oberst Kwalow sich bestätigten sollte, so wird Minister Roske ein Strafverfahren gegen den General einleiten.

Paris, 18. Okt. Im Kammerauschuß erklärte der Minister des Auswärtigen Pichon, Deutschland sei auch den neuen Forderungen nicht nachgekommen und die Verbündeten behalten sich weitere Maßregeln vor.

Die „Times“ meldet, die verschärften Maßregeln gegen Deutschland werden erst angewendet, wenn der Bericht der baltischen Kommission vorliegt.

Italien hat die Beteiligung an der neuen Blockade gegen Deutschland abgelehnt.

Die Deutschen in China.

Kanton, 18. Okt. (Reuter.) Der Senat hat das Recht der Deutschen, in Südjama zu wohnen und Handel zu treiben, wieder hergestellt.

Neues Kabinett in Oesterreich.

Wien, 18. Okt. Die Nationalversammlung hat die Bestätigung des Friedensvertrags von St. Germain beschlossen. Nach der Ratifizierung überreichte Staatskanzler Dr. Renner die Auktionserklärung des Kabinetts. Die Nationalversammlung wählte darauf das neue Ministerium, das sich folgendermaßen zusammensetzt: Staatskanzler und Außenminister: Dr. Renner (Soz.); Finanzminister: Abg. Fink; Inneres und Unterricht: Eberich; Unterstaatssekretäre: Gidel und Nittas (Christl. Soz.); Justiz: Eiserl (Soz.); Postwesen: Dr. Julius Deutsch; Unterstaatssekretäre: Wolf (Christl. Soz.); Finanzen: Reich; Land- und Forstwirtschaft: Stöckler (Christl. Soz.); Handel, Industrie, Bauten: Abg. Herbit; Unterstaatssekretäre: Aisenbogen (Soz.); Verkehrsweisen: Paul; Soziale Verwaltung: Abg. Hannich (Soz.); Unterstaatssekretäre: Abg. Reich (Christl. Soz.) und Univ.-Prof. Tandler; Volksernährung: Löwen ed., Staatssekretär ohne Fach: Abg. Rager (Christl. Soz.).

Verhinderung des Friedens.

Bern, 18. Okt. (Havas.) Wie die Genfer „Euisse“ aus Paris meldet, verläutet in dortigen diplomatischen Kreisen, der Friedensvertrag könne infolge Sammeligkeit der in Betracht kommenden Ranzleien nicht vor 14 Tagen in Kraft treten.

Der Krieg im Osten.

London, 18. Okt. „Daily Express“ meldet: Kronstadt hat sich nach einer Beschießung durch die britische Flotte ergeben. Gerüchtwiese verläutet, daß Judenitich am Mittwochabend in Petersburg einmarschiert sei.

Helsingfors, 18. Okt. (Havas.) Die russische Nordwestarmee (Judenitich) hat Krasnawogorka und Krasnawojersko eingenommen.

Die Bolschewisten haben beschlossen, Petersburg zu räumen, da sich die Armee weigere, weiter zu kämpfen. Die Arbeiter aller Berufe haben den Befehl erhalten, die Stadt zu verlassen.

Helsingfors, 18. Okt. Die Engländer fühlen sich in Kiga seit dem siegreichen Vordringen der russischen Westarmee nicht mehr sicher. Die Letten und Esten

werfen vielfach die Waffen weg, weil sie nicht mehr für Englands Interessen bluten wollen. Umanis ist nach Wenden geflohen. In der Stadt wird geplündert. Bewaffnete Weiber schweifen durch die Straßen. — Fürst Anadow forderte von der litauischen Regierung eine Erklärung, welchem Zweck die Zusammenziehung der litauischen Truppen dienen sollte.

Die Amerikaner in Oberschlesien.

London, 18. Okt. 5000 amerikanische Truppen sind am 16. Oktober in New York eingeschifft worden. Sie werden Oberschlesien besetzen.

Verzicht Wilsons?

Paris, 18. Okt. Nach einer Meldung aus Washington soll Wilson im Begriff sein, auf sein Amt zu verzichten.

Schwerer Unfall des Abgeordneten Gröber.

Berlin, 18. Okt. Der Zentrumsführer, Abg. Gröber, erlitt heute nachmittag auf dem Wege zur Nationalversammlung einen schweren Unfall und wurde ohnmächtig. Er wurde bewusstlos in das Reichstagsgebäude getragen, wo sich sofort mehrere Kerze um ihn bemühten. Näheres über die Art seines Unfalls kann noch nicht mitgeteilt werden, da Abg. Gröber noch ohne Bewußtsein ist. (Nach WTB. hat sich Abg. Gröber bald wieder erholt.)

Kassel, 18. Okt. Der kommissarische Landrat in Schmalkalden (Soz.) ist bei der ersten Kreisversammlung von den Unabhängigen, die einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten, tätlich angegriffen worden. Zwei Bataillone Reichswehrtruppen sind in Schmalkalden eingerückt.

London, 18. Okt. Nach amtlichen Angaben hat Großbritannien durch feindliche Operationen im Krieg 2497 Schiffe mit 7759090 Tonnen verloren, 14287 Menschen verloren das Leben.

Tagung der deutschen Volkspartei.

Leipzig, 20. Okt. Nachdem am 17. Oktober eine Sitzung des Zentralvorstands vorausgegangen war, fand am Samstag unter sehr starker Beteiligung der Parteimitglieder die Deutsche Volkspartei (National.) statt. Der Abg. Dr. Str. esemann erstattete den Bericht. Die Stellung zu den übrigen Parteien besprechend, führte er aus, die Demokratie lasse das nationale Element vernichten. Das Bürgerium sei mitschuldig an der Revolution, weil es die Sozialdemokratie habe so stark werden lassen. Die Arbeiterpartei stehe jetzt vor dem Zusammenbruch ihrer Ideale, da der Sozialismus seine Unfähigkeit zu regieren erwiesen habe. Volkstreue Elemente haben in der Revolution eine Hauptrolle gespielt. Das Bürgerium müsse sich zur gemeinsamen Abwehr zusammenschließen. Die Demokratie habe dabei völlig versagt. Der Liberalismus sei im Begriff, sich zu einigen, ganze Vereine gehen von der demokratischen Partei zur D. Volkspartei über, namentlich im besetzten Gebiet. Im Zentrum bemerke man eine Entwicklung, die mit der Politik der Führer nicht übereinstimme. Gegenüber der Deutschnationalen Volkspartei müsse eine abwartende Haltung eingenommen werden. Für den Konservatismus sei kein Raum mehr.

Die Versammlung billigte ein Programm, die Partei werde den Wiederaufbau des Reichs mit allen Mitteln fördern und im Rahmen ihrer politischen Grundzüge auch innerhalb der jetzigen Staatsform mitarbeiten. Sie fordert Wiederherstellung der ruhmvollen schwarz-weiß-rotten Reichsfarben. Geh. Rat Kahl wandte sich gegen die Verkümmern Preußens, dem insbesondere Hannover und das Rheinland unendlich viel zu danken hätten. Die Rolle der einzelstaatlichen Monarchen sei unter allen Umständen ausgespielt; eine Wiederkehr müsse man als ausgeschlossen bezeichnen. Abg. Böglers sprach über Arbeitsgemeinschaft und Wirtschafts-Parlament. Die Arbeitsgemeinschaft habe einen unerträglichen Abstand des Arbeiters von dem Werk, das er schaffe, herbeigeführt. Die jeulische Leere, die dadurch entfalte, müsse überwunden werden. Das sei nicht nur ein deutsches, sondern ein Weltproblem. Es gelte, den Arbeiter auch durch Aktienbeteiligung am Werk zu interessieren. Zum Stücklohn müsse die kleine Aktie treten. Ersparnisprämien und Qualitätsprämien müssten die Produktivität heben.

Bismarck über seine Entlassung.

Cotta hat das Erscheinen des dritten Bandes der Bismarck-Erinnerungen für Weihnachten angefündigt — trotz des Einspruchs der Erben. Als Vorläufer zu diesen Entwürfen kann die Veröffentlichung von Gesprächen mit Bismarck gelten, die aus dem Nachlaß Heinrich von Volckingers in dem neuesten Heft der „Deutschen Rundschau“ erscheinen. (Verlag Gebrüder Paetel, Berlin.) Am 7. April 1890 hat sich der Fürst, nach Volckinger in Friedrichsruh also ausgelassen: „Als ich nach Beendigung meines hiesigen Verhauenthaltes nach Berlin zurückkam, merkte ich, daß etwas im Gange war; der Kaiser forcht heut auf den morgen auf jenen. Dazu kam das Projekt mit der Arbeiterschulungskonferenz, von der ich mit keine praktischen Folgen erwartete. Als das Resultat der Neuwahlen feststand, wurde bereits die Frage meines Abschieds berührt. Ich wollte aber nicht unter ihrem Druck abgeben; darum schlug ich dem Kaiser vor, den Abschied noch bis zum Mai aufzuschieben. Ich erklärte mich bereit, die Militärvorlage im Reichstage, dessen Solbige Vernehmung ich in Aussicht genommen hatte, zu vertreten. Der Kaiser war mit der ihm vorgeschlagenen Lösung ganz einverstanden und sagte sie mit den Worten zusammen: „Es bleibt also alles beim alten.“ Inzwischen kam der Vorgang mit der Kabinettsorder vom Jahre 1892 und mit dem Abgeordneten Windthorst. Windthorst hatte sich durch Bleichröder eine Unterredung mit mir verschaffen gewußt. Wegen dieser Unterredung stellte mich der Kaiser zur Rede. Ich erwiderte, ich hätte stets meinem Hausmeister erklärt, jeder Abgeordnete, der bei mir vorgelassen zu werden wünsche, habe Eintritt. Mir war die Unterredung mit Windthorst ganz wertvoll, denn ich erfuhr bei dieser Gelegenheit die exorbitante Höhe der Zentrumskontingente, die jede Stufe auf diese Partei au-

möglich machte. In der tags darauf erfolgten Audienz, in der ich dem Kaiser die Notwendigkeit meines Rücktritts für den Fall entwickelte, daß er meinen Verkehr mit den Abgeordneten einschränke, auch die Aufhebung der Kabinettsorder von 1852 von mir verlange, hielt mich der Kaiser auch nicht mit einem Worte zurück. Er sagte stets nur, er wolle mir den durch mein Alter und meinen Gesundheitszustand verdienten Ruhestand geben; er sprach so, als sei seine Sorge um meine Gesundheit größer, als sein Wunsch, mich los zu bekommen. Gleichzeitig bot er mir eine Dotation und den Herzogstitel an. Die Dotation lehnte ich rundweg ab. Es könne davon überhaupt keine Rede sein. Um so mehr wurde ich mit dem Herzog von Lauenburg geehrt. Ich lehnte auch diese Würde entschieden ab. Ich sei mir vornehm genug und brauche diesen Titel nicht, den übrigens noch zwei Fürsten führen, der König von Dänemark und der König von Preußen. Trotz meiner kategorischen Erklärung kam zwei Tage später Herr von Lucanus zu mir, um mich neuerdings für die Annahme des Herzogstitels zu gewinnen. Bei meiner wiederholten Absage nahm ich seine wachsende Verlegenheit wahr, die ich mir halb erklären konnte. Drei Tage später las ich meinen Herzogstitel im „Reichsanzeiger“. Es war also ein fait accompli geschaffen worden. Die Beförderung zum General-Obersten der Kavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalls war im Grund nicht minder bedeutungslos für mich. Sie schuf mir einen Rang, den ich schon besaß. So lasen die Sachen, und der Kaiser kann mit seinem Beschlusse, den er nach Weimar richtete, an der Situation nichts ändern. Was soll nach alledem die Redensart sein, daß ich ein einfacher Mann sei, wie beim Tode seines Vaters: das ist einfach eine Unaufrichtigkeit. Der Kaiser hat mein Abschiedswort gar nicht erwartet können. Er hat um dasselbe zu mir geschickt. Bismarck erzählte von seinem Vorzuge nicht ohne innere Bewegung. Ich habe mir er den Schmerz nach einmal durchgemacht, und das ist es an der Zeit sei, der Unterredung ihren Sinn zu geben. Ich dankte also dem Fürsten für das mir erwiesene Vertrauen und bat, die Abschrift des Abschiedsworts auf mein Zimmer nehmen zu dürfen. Bismarck erlaubte dies, nahm ein Kuvert aus dem Schreibtisch, steckte das besagte Abschiedswort hinein und verließ es mit den Worten: „Damit meine Leute es nicht

wigshafen läßt die Verdäuerung, insbesondere die Jugend, darauf aufmerksam machen, dies zu beobachten. (Armes Deutschland, daß du dir solche Vorschriften machen lassen mußt!)

(*) **Schweizingen, 20. Okt.** Eine auf Veranlassung des Bürgermeisters einberufene Kommission beschäftigte sich mit der Frage der Einführung von Volkshochschulen. Es wurde grundsätzlich beschlossene, Volkshochschulen hier einzuführen, die bereits im November ihren Anfang nehmen sollen. Die Lehrkräfte werden von der Universität Heidelberg gestellt.

(*) **Von der Wieje, 20. Okt.** Hier schneite es derart, daß man wirklich glauben könnte, man befände sich mitten im Winter. Vielschnee rissen die Drähte an Starkstromleitungen, Telegraph und Telephon, wodurch viele Störungen verursacht wurden. Auch in den Forsten rißte der nasse Schnee viel Schaden an, noch erheblicher an den Obstbäumen, die zum Teil noch schwer behangen sind. Der Schnee liegt in den Höhen noch höher, Todmanberg, Feldberg 25 bis 30 Zentimeter hoch. Im Fiederggebirge findet man meterhohe Schneewehen, die der Sturm zusammentrieb.

Württemberg.

Ev. Landeskirchenversammlung.

(*) **Stuttgart, 16. Okt.** Auf Antrag des Legitimationsausschusses erklärt das Haus die Wahlen in den Bezirken Weikersheim und Ravensburg, wo grobe Verstöße gegen das Wahlgesetz vorgekommen sind, für ungültig. Die Abg. Präsident von Scheuerlen-Stuttgart und Landrichter Bähler-Ravensburg scheiden damit fürs erste aus der Versammlung aus.

Im weiteren Verlauf der Generaldebatte über den Verfassungsentwurf wies Abg. v. Pfand-Ulm auf die bedeutsame Tatsache hin, daß im Anschluß an die Besprechung der Bekenntnisfrage zwei Gruppen in der Landeskirchenversammlung sich gebildet haben, die sich Gruppe I und II nennen und deren Vorsitzende Prälat Römer und Prälat Schödl sind. Die letztere Gruppe, die wenig schwächer ist, als die Gruppe I, könnte man eine Mittelpartei nennen; es haben sich ihr einige weitere links stehende angeschlossen. Die Gruppen lehnen ausdrücklich die Bezeichnungen „Rechte“ und „Linke“ ab, sowohl im politischen wie im kirchlichen Sinne, sie wollen keine Scheidung bedeuten in Gläubige und Ungläubige, Positive und Liberale. Politische Anschauungen sind überhaupt von vornherein nicht maßgebend gewesen. Keine Gruppe hat daher ein formuliertes Programm. — Abg. Hummel-Craissheim begrüßt die Lösung der Kirche von ihrer Gebundenheit an den Staat. — Abg. Dahn begrüßt die Vorlage als zeitgemäß. Der synodale Charakter der Versammlung sei aber noch reiner herauszuarbeiten. — Abg. Frisch bespricht den Vorschlag, in die Paragraphen von der Glaubensgrundlage der Kirche auch Hinweise auf das „Bekenntnis“ und den Brenz-Lutherischen Katechismus hereinzunehmen. Man müsse den Schein einer Verengung und Verschärfung vermeiden, um der Gewissen der Pfarrer und der jungen Theologen, aber auch sehr vieler Gemeindeglieder willen. (Leb. Beif.). — Abg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg bringt seine Befriedigung darüber aus, daß das bisherige Verhältnis zwischen Kirche und Staat gelöst und dadurch vielen Mißtrauen gegen die Kirche der Boden entzogen werde. — Oberkonsistorialrat Müller spricht seinerseits die Ueberzeugung aus, daß es im Zusammenwirken von L. A. B. und Kirchenregierung zu einer beide Teile befriedigenden Lösung der Verfassungsfragen kommen werde. — Abg. Kieser weist darauf hin, daß gerade um ihrer freien theologischen Haltung willen vielerorts mit Mißtrauen angesehenen Pfarrer nicht wenige Gemeindeglieder sehr viel verdanken. — Abg. Fischer ist als Arbeiter für die positive Gestaltung der Kirche ein. Man sei als Arbeiter erstaut, daß sich nun auch die Kirche eine neue Verfassung geben wolle. Die Kirche müsse gerade der Arbeiter eine mehr als bisher geben, was sie brauche. (Beifall.)

(*) **Stuttgart, 13. Okt.** In der gestern abgehaltenen Sitzung wurde zunächst die allgemeine Verfassung der Kirche in der Verfassungsentwurf zu Ende geführt. In der Hand des Bekenntnisfrage völlig im V. Land. Abg. Hoffmann weist darauf hin, daß die Verlesung des Katechismus in den § 1 der Verfassung, da er bisher nicht im württ. Bekenntnis gestanden sei, der Bestimmung widersprechen würde, die Synode habe am Bekenntnisstand nichts zu ändern. Die Aufnahme des Katechismus wäre aber auch sachlich unerwünscht, weil dann eine unangenehme Bindung an den Buchstaben drohe. — Abg. Hinderer tritt lebhaft für positive Neutralität der Kirche gegenüber sämtlichen politischen Parteien ein, zugleich aber auch für warmes Verständnis gerade gegenüber den Schichten, aus denen die linksstehenden politischen Parteien hervorgehen. Dann verwendet er sich in längeren Ausführungen dafür, daß die verschiedenen Richtungen in der Kirche gleiches Heimatrecht haben. — Abg. Guppenbauer: Wir wollen den Katechismus in der Verfassung genannt sehen, damit das Volk weiß, worauf die Kirche eigentlich steht. — Abg. Römer weist sich mit großem Nachdruck gegen die Forderung der Gleichberechtigung der Richtungen: eine solche Kirche ohne lares Bekenntnis wäre keine Kirche mehr, da wäre alle wirkliche religiöse Gemeinschaft angeschlossen. Aus den Hochschulen werden die jungen Theologen vielfach irre gemacht in einer Zeit, wo sie noch kein festes Urteil haben. — Aus der eingetretenen Spannung fährt ein Heftwort des Abg. Pfand herans. Abg. Guy erklärt das Verständnis seiner Gruppe für die Kirche: insbesondere der jungen Theologen, aber man müsse auch auf das Gewissen der Gemeinde Rücksicht nehmen. — D. Schoell: Wenn auch nicht von Gleichberechtigung, so dürfte in der Volkskirche von einer Daseinsberechtigung der Richtungen nebeneinander gesprochen werden. Den Katechismus solle man nicht hereinnehmen im Gedanken an die Schichten unseres Volks, mit denen der Zusammenhang dadurch gefährdet würde.

Der Entwurf der Verfassung wird darauf an den kirchenrechtlichen Ausschuss verwiesen; für die grundlegenden §§ 1 und 16 soll ein besonderer Ausschuss ein-

gesetzt werden. — Hierauf werden die Wagen der verschiedenen Ausschüsse der L. A. B. vorgenommen.

Dann wird die Stellungnahme der ev. Kirche zur Schulfrage auf Grund der vorgelegten Denkschrift beraten. D. Schoell begründet dieselbe in längerer Ausführung. Um eine christliche, nicht eine kirchliche Schulaufklärung als Grundlage für unsere christliche Kultur, auf der die geistige Einheit unseres Volks beruht. Die konfessionelle Schule wollen wir festgehalten wissen in konfessionell einheitlichen Gebieten, in der Diaspora, in großen Städten. Einen Einfluß verlangen wir für die Kirche bei der Gestaltung und Verteilung des Religionsunterrichts. Da wird Verständigung notwendig sein; wir sind dazu bereit, aber wir werden uns auch von dem, was am unsres Volks willen notwendig ist, nicht abdingen lassen. (Starker Beifall.) — D. Traub fordert Uebernahme des gesamten Religionsunterrichts durch die Kirche. — Abg. Süsser spricht als Lehrer für die Durchführung der Gleichberechtigung von Lehrern und Pfarrern in der Gestaltung des Religionsunterrichts, für eine ausgiebige Bildung des Lehrers gerade auch auf religiösem Gebiet und gegen die Forderung der Verkürzung des Religionsunterrichts. — Abg. Zehle verlangt die Konfessionsschule, oder wenn die Simultanschule komme, konfessionellen Religionsunterricht in dieser und Besetzung des Lehrers von der Doppelbeaufsichtigung.

Darauf wird die Weiterberatung der Schulfrage einem besonderen Ausschuss überwiesen. Nächste Sitzung: Donnerstag, 23. Oktober, 9 Uhr.

(*) **Heilbronn, 18. Okt.** (Sagwerk.) Das Sägewerk hat einen Ertrag von 815 313 Mar. im Vorjahr 1 119 931 Mf. aufzuweisen, der Anteil der Arbeiter beträgt 81 203 Mf. (125 722 Mf.). Die Diebstahlverluste auf 10 Prozent festgesetzt.

(*) **Heilbronn, 18. Okt.** (Seltames Zusammenreffen.) Im tenachaten badischen Gutingen konnte gestern nachmittag das Sägewerk von Stark vollständig ab, wodurch ein Schaden von 80—100 000 Mf. entstand. Der Besitzer war gerade bei einer Hausratverigerung eines früheren Arbeiters. Dieser Arbeiter hatte dem Stark 70 000 Mf. gestohlen und dafür Hausrat angekaufte. Das Sägewerk brannte nun gerade zu der Zeit ab, als die Versteigerung stattfand.

(*) **Heilbronn, 18. Okt.** (Gesundenes Diebesgut.) In Gundersdorf fanden sich bei einer Hausung wegen eines Diebstahls von 1500 Mf. in Bierdingen auch ein größerer Betrag Kriegsanleihecheine, die auch gestohlen sind.

(*) **Sindelfingen, 20. Okt.** (Tragisches Unglück.) Am Samstag Abend fiel Kirchenpfeifer Griem beim Futterholen auf einen in der Scheune stehenden Wagen die Tenne herab und starb bald darauf an den erlittenen schweren Verletzungen. Der jüngste Sohn Hermann kam am gleichen Abend aus der Gefangenhaft zurück und traf seinen Vater nur noch tot an.

(*) **Fellbach, 20. Okt.** (Zugendlicher Leichtsin.) Ein 12jähriger Knabe hängte einem nach Fellbach fahrenden Lastkraftwagen seinen Handwagen an und setzte sich auf seinen Wagen. Bei der schnellen Fahrt sprangen die vorderen Räder des Handwagens ab, der Knabe geriet mit den Füßen auf den Boden und wurde so eine weite Strecke geschleift. Als er endlich aus der verzweifelt Lage befreit wurde, waren Haut und Fleisch an den Füßen bis auf die Knochen abgeschürft. Schwere Verletzungen wurden er ins Krankenhaus gebracht.

(*) **Badnang, 20. Okt.** (Kohlenmangel.) Die Landesversicherungsanstalt gehörige Lungenheilanstalt Wilhelmshaus bei Oppenweiler muß nächster Tage wegen Kohlenmangels geschlossen werden.

(*) **Heilbronn, 20. Okt.** (Das neuzeitliche Gewerbe.) Das Geschäft der Spitzbuben blüht auch hier. Kleinere Diebereien sind an der Tagesordnung und werden als Zeichen einer tauben Moral hingenommen. Sie und da werden auch größere Fälle laut. So wurden einem Tabakfabrikanten 5 Zentner Rohstoff gestohlen, dazu noch 63 Flaschen Wein und 250 Eier. Aus einem Kino ist der elektrische Antriebsmotor mit allen Zuteilen über Nacht verschwinden und in einer Maschinenfabrik wurden mit Auswahl solche Werkzeuge gestohlen, die bei Einbrüchen verwendbar sind.

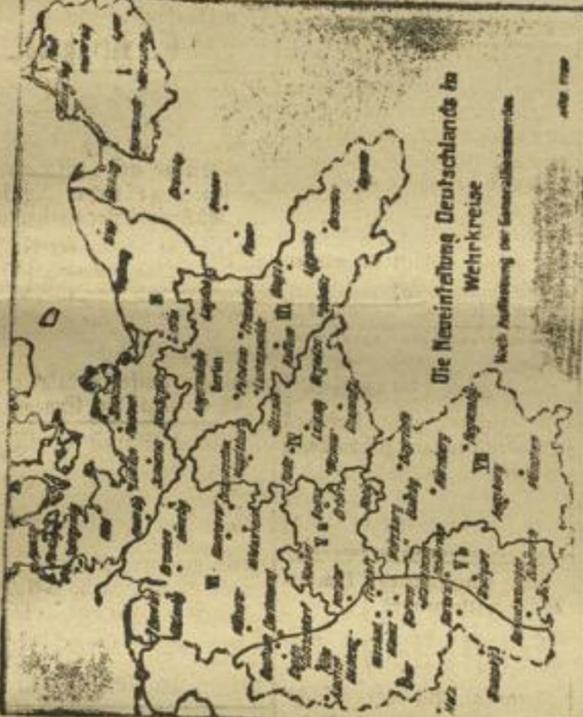
(*) **Magold, 18. Okt.** (Lebensmüde.) Der seit dem 10. Oktober vermählte Lehrer W. Bentsler von hier, der in Ebhausen angeheiratet war, ist in Pforzheim infolge Schwerkraft freiwillig aus dem Leben geschieden. Die schwergeprüfte Familie des Verstorbenen hat bereits zwei Söhne während des Krieges verloren.

(*) **Kalen, 20. Okt.** (Brand.) In Dewangen brannte gestern das Wohngebäude des Landwirts Weiswenter bis auf den Grund nieder.

(*) **Gönnungen, 18. Okt.** (Stiftung.) Die von hier stammende, aber in Bern in der Schweiz lebende Frau Herrmann stiftete 12 000 Mark zur Anschaffung einer neuen großen Glocke.

(*) **Vom Oberland, 18. Okt.** (Häfelinder.) Die Borarberger Häfelinder kehren am 28. Oktober in ihre Heimat zurück.

(*) **Zell, 18. Okt.** (Vom Hopfenmarkt.) Das Hopfenjahr ist zu Ende. Im ganzen wurden rentable Preise erzielt. Deutschland brauchte vor dem Krieg jährlich rund 250 000 Zentner Hopfen. Wenn auch in Zukunft nicht mehr so viel Hopfen gebraucht werden, da die Brauereien sehr eingeschränkt sind, so ist auch die Anbaufläche um zwei Drittel zurückgegangen und Deutschland wird kaum mehr als 130 000 Zentner Hopfen produzieren können. Aber auch England hat während des Krieges keine Hopfen gepflanzt und die Hälfte verringert, Belgien und Ca'rien kommen trotz der Verstärkungen wenig mehr in Betracht. Wir müssen daher in Zukunft mit einem Hopfenmangel rechnen und dann ist es unausweichlich, daß wir wieder gute Hopfenpreise bekommen. Das Ausland will deutschen Qualitäts-hopfen und kann mit der amerikanischen Minderware nicht allein auskommen.



Baden.

(*) **Karlsruhe, 18. Okt.** Als Vertreter Badens auf der Schulkonferenz in Berlin sind Unterrichtsminister Hummel und der Ministerialdirektor Geh. Rat Schmidt nach Berlin abgereist.

(*) **Pforzheim, 18. Okt.** Da die Kohlenvorräte bei Gas- und Elektrizitätswerks vollständig erschöpft sind müssen sämtliche industriellen Betriebe der Stadt am kommenden Montag und Dienstag stillgelegt werden. Der Betrieb der elektrischen Straßenbahn wird heute bis auf weiteres eingestellt.

(*) **Mannheim, 18. Okt.** Drei Burschen aus Waldhof stahlen auf einem Acker Kartoffeln. Als sie bereits drei Eide gefüllt hatten, kam es zu einem Zusammenstoß mit dem Besitzer, dem Landwirt Niehm aus Käferstal. Dabei wurde einer der Diebe, der 26jährige Ker erschossen.

(*) **Weinheim, 18. Okt.** In einigen Orten der Bergstraße wurde für Traubenmost 500 Mark das Hektoliter bezahlt.

(*) **Aleinlausenburg, 18. Okt.** In Großlausenburg wurde ein junger Mann, der festgenommen werden sollte, auf der Flucht von einem Grenzwächter erschossen.

(*) **Singen a. S., 18. Okt.** Die schweizerischen Bundesbahnen haben sich bereit erklärt, wie in den letzten Kriegsjahren, so auch jetzt mit Lokomotiven Ausfallsdienste zu leisten.

(*) **Karlsruhe, 20. Okt.** Als der Personenzug von Eggenstein am Samstag Abend gegen halb 7 Uhr in den hiesigen Hauptbahnhof einfuhr, wollte der in der Karlstraße wohnende Privatier Karl Erb noch ehe der Zug anhielt, aussteigen. Er giht dabei vom Trittbrett und fiel auf das Gleis und zwar so unglücklich, daß er überfahren wurde. Der Tod trat schon nach wenigen Augenblicken ein.

(*) **Mannheim, 20. Okt.** Die „Reinhardt-Regener“ oder „Swarzer“ wird von den schwarzen Truppen als Beleidigung empfunden. Der Platzkommandant von Lud-



Pofales.

Vollzählung. Normweheim: 5681 (4088).
 - Badnang: 8345 (8676). - Schorndorf: 6763. -
 Herrenberg: 2896. - Bödingen: 10962 (10440). -
 Pfällingen: 7782. - Heidenheim: 18458 (17780). -
 Schramberg: 11622. - Troßingen: 5128. - Blau-
 beuten: 3309. - Weinsberg: 3303. - Waldfee: 3187
 (3253). - Aulendorf: 2510 (2526). - Schuffenried: 3311
 (3366). - Dürrens-Mühlader: 5314 (4931).
 - Ehingen: 4888. - Wehingen: 4955 (5117).

Vollzählung. Göppingen 21101 G.
 (1910: 22373); Reutlingen 28181 (29760);
 Bfornheim 72341 (73788); Juffenhaußen
 14600; Friedrichshafen 9840; Saulgau 5136
 (5182); Leutkirch 4019 (4012); Altensteig 2507
 (2547); Nurrhardt 2444 (Gesamtgemeinde 4050)
 Einwohner.

Groß-Stuttgart zählt jetzt rund 311000 Einwohner
 (1910 286000, 1. Dez. 1918 295000). Der Zugzug
 von auswärts ist also sehr bedeutend.

- Heimkehr der Kriegsgefangenen. Vom 2.
 Oktober an werden 14 Tage lang je 2000 Kriegsgefangene
 aus England abgeführt. Die englischen Lager in Frank-
 reich sollen am 20. Oktober geräumt sein.

- Die Liebesgaben der Volkshilfe für die heim-
 kehrenden Kriegsgefangenen sind recht wertvoll. Das
 Paket enthält 800 Gramm Fleischkonserven, 600 Gramm
 Bohnenkonserven, 2 Pfund Würfelzucker, 1 Pfund Reis,

1/2 Pfund Schokolade, 310 Gramm Lebkuchen, 1/2 Pfund
 gerösteten Bohnenkaffee, 2 Etüd Feinseife, 10 Zigar-
 en, 20 Zigaretten und 2 Schachteln Streichhölzer.

- Verkauf der Kriegsstiefeln. Die Regierung
 hat, wie der „Frankf. Btg.“ geschrieben wird, die sämt-
 lichen Bestände der Heeresverwaltung an Kriegsstiefeln
 an ein Konsortium von Schuhhändlern verkauft. Die
 Bestände sind von Sachverständigen auf 10 Mill. Mark
 geschätzt worden. Der Uebernahmepreis durch das
 Konsortium beträgt 5 Mill. Mark. Angesichts der
 überaus großen Knappheit an Leder und der dadurch
 bedingten hohen Preise aller Artikel aus Leder, insbe-
 sondere von Schuhwaren, überrascht der niedrige Preis,
 den das Konsortium zu bezahlen hat gegenüber dem Schät-
 tungswert. Und man darf gespannt darauf sein, welchen
 Preis die Kriegsstiefeln angenommen haben, bis sie in
 die Hand des Verbrauchers kommen.

- Stadtgutverkehr. Auf den württ. Eisenbahnen
 werden vom 21. bis 25. Oktober Gil- und Frachtstäd-
 ter nicht angenommen mit Ausnahme von Lebensmit-
 teln, Getränken und Verpackungsmaterial hierzu.

- Die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen
 trugen im August 1919 im Personenverkehre 179,90
 Millionen Mark (gegen das Vorjahr mehr 30,10 Millio-
 nen) und im Güterverkehre 261,80 Millionen Mark (mehr
 6,5 Mill. M.). Zu berücksichtigen sind dabei die erheb-
 lichen Tarifierhöhungen.

Wotan
 gasgefüllt

Die bevorzugte Glühlampe

In Wildbad zu haben bei Karl Hartmann.

Oberamt Neuenbürg.

Haferausfuhrverbot.

Durch Anordnung der Württ. Landesgetreidestelle ist jede
 Ausfuhr von Hafer aus dem hiesigen Oberamtsbezirk nur
 mit Genehmigung der Landesgetreidestelle gestattet. Diefelbe
 kann nur erteilt werden, wenn der Erzeuger am 1. Dezbr.
 ds. Js. 1/2, am 1. Januar 1920 die Hälfte der ihm auf-
 gelegten Mindestablieferungsmenge abgeliefert hat.

Zu widerhandlungen werden bestraft.
 Die (Stadt-)Schultheißenämter werden ersucht, Vorstehen-
 des in der Gemeinde ortsbüchlich bekannt zu machen.
 Neuenbürg, 5. Oktober 1919. Bullinger.

Veröffentlicht.

Wildbad, den 20. Okt. 1919.

Stadtschultheißenamt: Wäzner.

Frauen-Arbeitsschule.

Die Frauenarbeitsschule, 1. Kurs beginnt am 3. No-
 vember 1919 in der Wilhelmsschule. Der Unterricht um-
 faßt die Fächer: Stricken, Häkeln, Pliden, Hand- u.
 Maschinennähen (Weißzeugnähen), Weiß- und
 Buntsticken, Schnittmusterzeichnen, sowie Anfertigung
 von Haus- und Straßenschuhen.

Anmeldungen, auch von auswärtigen Schülerinnen, wollen
 vom 30. Oktober 1919 ab an die staatlich geprüfte Lehrerin,
 Fräulein Luise Schwäbe hier, Villa Augusta gerichtet werden.
 Wildbad, den 16. Oktober 1919.

Stadtschultheißenamt:
 Et. W. Gähler.

**Habe auf Lager:
 fertige Garnituren**

in den neuesten Modellen wie:
 Edelmarder, Steinmarder, Stunkie,
 natur und gefärbt, Nerzmurmeln, Iltisse,
 Feh. :: Electric-Kanin, patagonische
 Kanin, Sibirkanin :: Herrenschal-
 tragen von echten Sealöten, Sealbissam
 und Sealkanin. :: Reiche Auswahl in
 Bett-Voragen.

Neuanfertigungen und Umarbeitungen
 werden prompt ausgeführt, auch bei Zugabe
 des Materials, sowie Pelzmäntel und
 Damenpelzjackets. 86

:: Kaufe jede Art Felle auf. ::

Paul Toussaint,
 Pelzwaren-Geschäft
 Wildbad, Kochstr. 193a.



Schuhwaren!

• Pantoffeln •

und Hausschuhe mit Ledersohlen

Gummi-Abfäße, Leder-, Maccos-, Seide- u. Eisen-
 garnituren, sowie feinste, geruchlose Schuhereme in
 schwarz, weiß und farbig empfiehlt. 124

Hermann Luz, Schuhgeschäft, Wildbad.

Laub-Verkauf.

Am Mittwoch, den 23. Oktober, vorm. 10 Uhr
 findet der

Laub-Verkauf

in den Anlagen statt.
 Zusammenkunft bei der Trinkhalle.
 Stadterwaltung

Medicinal-Drogerie

Gebr. Schmit, Wildbad.

- Backpulver
 Vanillezucker, Oetker
 Eiersatz
 Puddingpulver
 Natron, chem. rein
 Hirschhornsalz
 Zimmt
 Nelken
 Muskatnüsse
 Kardamom
 Pfeffer, ganz und gemahlen 140

5000 M.

eventl. auch etwas mehr sind
 gegen gute Sicherheit aus-
 zuleihen.
 Wer, sagt die Expedition.

Mädchen-Gesuch

Jüngeres
Mädchen
 auf 1. November gesucht.
 Regierungsbaumeister Vobr
 Wildbad, Hohenlohestr. 227

Wildbad.
 Diese Woche kann
 kein Obst mehr an-
 genommen werden
 Mosterei Behtle.

Ein neues, sehr starkes
Türlessass
 (600 Liter Inhalt)
 hat zu verkaufen
 A. C. B.

Für rauhe und auf-
 gefprungene Hände em-
 pfehlen: 140

**Glycerin-
 Lanolin**

und alle Hautcrems
 in bester Qualität
Medicinal-Drogerie
 Gebr. Schmit, Wildbad.

Wöchte den Klatsch asen,
 die mich denunzieren,
 raten, bei ihren Ver-
 schöndung n ihre Namen an-
 zugeben; damit diese gleich
 gerichtlich belangt werden kö-
 nen.
 Emma Meßler Calmbach.
 Der größte Schuft im ganzen
 Land
 Ist und bleibt ein Denunziant.

Schafwolle

in großen und kleinen
 Quantitäten laust zu höchsten
 Preisen
 David Koch, Nürnberg.

Gut eingeführtes, komfor-
 tabes, mittelgroßes
Pensionshaus
 in frequent. Badeort gesucht
 Ch. 72850 Rudolf Woffe,
 Charlottenburg, Scharrenstr. 39

**Eine Anzahl
 Gärispuuden**

aus Steingut zur reinlichen
 und sicheren Vergärung für
 Mist und Wein hat zu ver-
 kaufen

Albert Boger.

**Eine
 Kopierpresse**

sowie zwei
Rüchenregale
 und einen Abflußröhren hat
 zu verkaufen

E. Reinhardt.

Zwei ruhig gelegene
moderne Zimmer
 mit Küche auf 1. November
 zu mieten gesucht. Wäsche
 und Küchengeräte vorhanden.
 Offerten unter W. E. 25
 an d. e. Exped. ds. Bl.

Ein gebrauchter, kleinerer
Motor
 sofort zu kaufen gesucht.
 B. C. sagt die Expedition.

Neue Eingänge in
**Damen- und
 Herrenkleidern**
 aus prima Baumwolle
 pro Stück Mk. 36.50
 solange Vorrat reicht.
 Chr. Schmid u. Sohn
 Wildbad: König-Karlstr. 68

Hierher

müssen Sie Ihre
Felle
 senden und erhalten Sie
 die höchsten Preise
 vom Marder bis zum
 - Fuchs -
 Ankauf von Rehgeweißen
 Gerben von Fellen
E. Maischhofer
 Moderne Tierausstopferei
 Pfalzheim Lindenstr. 52
 Telephon 1501. (375)

**Turnverein
 Wildbad**

Gene abend
 präzis 8 Uhr
Pyramiden.
 Der Vorstand.

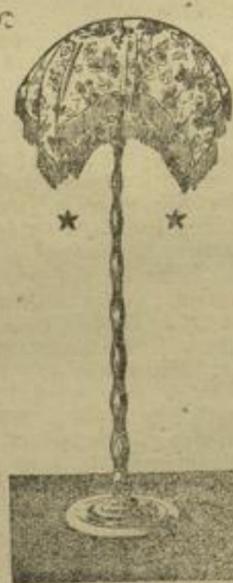
Einladung

zum Besuch meiner Verkaufsräume
Königstraße 50
 Holzgartenstraße 15
 Sie finden dort in jeder Ausführung
 bei reicher Auswahl
**Elektrische
 Beleuchtungs-
 Körper**

wie Ständer-, Tisch- u. Klipplampen,
 Lüster und Zuglampen
Koch- u. Heizapparate
 Bügeleisen, Glühlampen, usw.

Hermann Luz
 Stuttgart

Elekrotechnisches Spezialgeschäft
 Fernruf: 8339/140/141. M. O. W.



Damen-Mädchen-Bekleidung
 Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen.
 Morgen-Röcke, Morgen-Jacken, Unterröcke

C. Berner
 Pforzheim, Ecke Metzger-
 u. Blumenstr.